

17/1995

Stehende Ovationen für Helmut Kohl in den Niederlanden

Den Weg zu einem geeinten Europa unumkehrbar machen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zum Auftakt seines zweitägigen Besuchs in den Niederlanden den deutschen Überfall auf das Nachbarland im Zweiten Weltkrieg bedauert. Kohl sagte in einer Ansprache vor Studenten und Dozenten der Erasmus-Universität in Rotterdam, der Luftangriff deutscher Flugzeuge auf die Stadt im Jahre 1940 und die Besetzung der Niederlande seien genauso verbrecherisch gewesen wie der gesamte von Hitler entfesselte Krieg. Er denke besonders an die Ermordung der jüdischen Bürger, sagte der Kanzler, der zuvor einen Kranz an der Gedenkstätte zur Erinnerung an die Bombardierung Rotterdams niedergelegt hatte.

Mit seinem mit hohen Erwartungen verknüpften und als historisch bewerteten offiziellen Besuch der Niederlande setzte Helmut Kohl den Schlußstrich unter die Vergangenheit. Die Zeremonie der Kranzniederlegung am Zadkine-Denkmal in Rotterdam, der von deutschen Bombern im Jahr 1940 zerstörten Hafenstadt, war Ausdruck von Schuld und Buße, aber auch Zeichen eines hoffnungsvollen Beginns für mehr Verständnis zwischen den beiden Nachbarn.

Als Höhepunkt seines zweitägigen Besuchs wurde die Rede in der Rotterdamer Erasmus-Universität gewertet. Den Angriff auf Rotterdam und die Besetzung der Niederlande bezeichnete Kohl als „verbrecherisch“; bei dem Angriff am 14. Mai 1940 waren

Fortsetzung auf Seite 3 ►

HEUTE AKTUELL

● USA

Peter Hintze in Washington: Transatlantische Freihandelszone weiterentwickeln. Seite 3

● Mietrecht Ost

Kompromiß bei der Einführung des neuen Vergleichsmietensystems. Seite 4

● KPV

Resolution zur Gemeindesteuerreform. Seite 5

● Agrarpolitik

EU belastet deutsche Landwirtschaft. Seite 7

● CDU Berlin

Eberhard Diepgen wieder Spitzenkandidat. Seite 14

● Öffentlichkeitsarbeit

Sommerwerbemittel und neue Wandzeitung für „Senioren“. Seite 18 bis 20

● Dokumentation

Stabilität – Kontinuität – Zukunftsgestaltung. Eine Bilanz erfolgreicher Finanz- und Steuerpolitik. Grüner Teil

Wim Kok, niederländischer Ministerpräsident, zur Rede des deutschen Bundeskanzlers in Rotterdam

Kok: (Die Rede Bundeskanzler Kohls in der Erasmus-Universität in Rotterdam) war eine schöne Rede, eine gute Rede, sie kam direkt aus dem Herzen. Sie beschäftigte sich mit einem Rückblick auf die Vergangenheit, gleichzeitig ging es um die deutsch-niederländischen Beziehungen und die Zukunft Europas.

Frage: Ist das ein Zeichen für den Mut des deutschen Regierungschefs?

Antwort: Es ist eine ehrliche, aufrichtige Rede, auch insofern inspirierend, als es um unseren gemeinsamen Weg in die Zukunft geht. Es war eine sehr gute Rede, kein Wort zu wenig und kein Wort zuviel.

**Niederländischer Rundfunk,
22. 5. 1995**

Pressestimmen

Bewegende Worte

Es ist schon bemerkenswert, wie die Niederländer Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen: Sie tragen ihn buchstäblich auf Händen. Manche verehren ihn. Das trifft sogar auf politische Gegner zu. Eine Welle der Sympathie schlägt Helmut Kohl bei dieser zweitägigen Visite entgegen. Der einflußreiche und in Deutschland am meisten gelesene niederländische Schriftsteller Cees Nooteboom lobte den Kanzler nach seiner Rotterdamer Rede in den höchsten Tönen: „Er hat das Richtige gesagt. Er hat den richtigen Ton gefunden. Ich bewundere Helmut Kohl, weil er ein überzeugter Europäer ist.“

Kölner Stadt-Anzeiger, 23. Mai 1995

Die richtigen Zeichen

Bundeskanzler Kohl hat bei seinem zweiten offiziellen Besuch in den Niederlanden mit der Kranzniederlegung an Zadkines Denkmal „Verwüstete Stadt“ in Rotterdam und seiner Rede in der Erasmus-Universität die richtigen Zeichen gesetzt.

Die offenen Worte sind bei den Niederländern auf offene Ohren gestoßen, ebenso das eindeutige Bekenntnis zur europäischen Idee, zu deren Gestaltung die Niederlande viel beigetragen haben.

Tagesspiegel, 23. Mai 1995

☆☆☆

Die niederländische Presse schreibt:

„Es kostet keine Mühe, um festzustellen, daß Kohl eine fesselnde Rede gehalten hat. Ihr Ton und Inhalt können die Atmosphäre zwischen den Niederlanden und Deutschland weiter verbessern.“

Algemeen Dagblad (Rotterdam)

☆☆☆

„Bundeskanzler Kohl hat gewiß Eindruck gemacht. Ohne Umschweife nannte er die Geschehnisse des Krieges von 1940 bis 1945 barbarisch und verbrecherisch. Er redete nicht drumherum: Es war ganz einfach ein Verbrechen. Doch Kanzler Kohl hat auch recht, wenn er sagt, daß sich die Scham, die er fühlt, auf die Vergangenheit bezieht. Eine Vergangenheit, von der wir uns nicht gefangen nehmen lassen dürfen.“

De Telegraaf (Amsterdam)

Peter Hintze: Transatlantische Freihandelszone weiterentwickeln

Auf dem „XIV. Deutsch-Amerikanischen Roundtable“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington erklärte CDU-Generalsekretär Peter Hintze vor hochrangigen amerikanischen und deutschen Politikern u. a.:

Die enge und vertrauensvolle amerikanisch-europäische Zusammenarbeit in den vergangenen Jahrzehnten war ein ganz entscheidender Pfeiler für Stabilität und Sicherheit in Europa und Nordamerika. Heute, in einer Zeit tiefgreifender weltpolitischer und ökonomischer Umwälzungen, kommt es darauf an, die europäisch-amerikanische Partnerschaft zu stärken und zu vertiefen. Unser gemeinsames Ziel muß es sein, die erreichte sicherheitspolitische Stabilität zu bewahren und wirtschaftliche Prosperität zu sichern. Nur dann werden wir die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – von der Bewahrung des Lebens-

raums Erde über die Zukunft der Arbeit bis zur Sicherung des Friedens – bewältigen können. Gerade auch der Kooperation unserer Volkswirtschaften kommt hohe Bedeutung für die Bewahrung von Frieden und Freiheit zu. In einer Zeit immer enger wirtschaftlicher Verflechtung muß unser Ziel der Abbau von Handelshemmnissen, die Förderung des freien Welthandels und die Entwicklung gemeinsamer ökologischer Standards sein.

Ich fordere uns daher auf, den Gedanken einer transatlantischen Freihandelszone zwischen der NAFTA und der Europäischen Union weiterzuentwickeln. Dies wäre ein wichtiger Beitrag für Prosperität und Stabilität in Amerika und Europa. Eine solche Freihandelszone würde gewaltige ökonomische Kraft entfalten. Sie würde mehr Arbeitsplätze schaffen als alle denkbaren Beschäftigungsprogramme und Förderkonzepte es je könnten.

Fortsetzung von Seite 1 ►

800 Menschen ums Leben gekommen, rund 80.000 wurden obdachlos. Um eine Wiederholung auszuschließen, so der Kanzler, dürfe es kein Verdrängen und Vergessen geben. In Erinnerung an die Bombardierung rief Kohl zur europäischen Vereinigung auf. „Um den Frieden zu erhalten, müssen wir den Weg zu einem geeinten Europa unumkehrbar machen, wir dürfen die Chance zur europäischen Einigung nicht liegenlassen, wir müssen jetzt handeln“, sagte der Kanzler. Europa stehe jetzt vor der Wahl, sich zu vereinigen

oder abzuwarten. Nur ein geeintes Europa könne den Frieden bewahren, eine gehobene Freihandelszone würde hingegen nicht ausreichen, um die Gespenster des Nationalismus und staatlichen Chauvinismus zu bannen. Kohl warnte davor, den Moment für die europäische Integration zu verpassen: „Historische Chancen pflegen oft – wenn überhaupt – erst nach langer Zeit wiederzukehren.“ Er würdigte die Rolle der Niederlande innerhalb der EU. „Die Zukunft unseres Kontinents wird im allgemeinen Sprachgebrauch mit dem Namen einer holländischen Stadt verbunden – mit Maastricht“, sagte er. ■

Einführung des Vergleichsmietensystems in den neuen Bundesländern

Kompromiß beim Mietrecht Ost

Am 18. Mai 1995 ist das Mietenüberleitungsgesetz vom Deutschen Bundestag beschlossen worden, das zum 1. Juli 1995 in Kraft treten wird. Die Mieterhöhung in den neuen Bundesländern wird so ausgestaltet, daß sie mit der Erhöhung der Einkommen Schritt hält und sich langsam an das in Westdeutschland übliche Vergleichsmietensystem annähert. Dieses Ziel wurde schon im Einigungsvertrag festgehalten. Eine sofortige Einführung des Vergleichsmietensystems ist indes nicht möglich, da es noch nicht genügend frei vereinbarte Mieten gibt, um aus ihnen eine ortsübliche Vergleichsmiete ermitteln zu können.

Kernpunkte der Übergangsregel sind Mietanhebungsmöglichkeiten um bis zu 15 Prozent ab dem 1. August 1995, wenn die Wohnung mit Bad und Zentralheizung ausgestattet ist. Ansonsten sind nur Mieterhöhungen um bis zu 10 Prozent zulässig. Um Luxussanierungen zu vermeiden, ist für Modernisierungen eine Mieterhöhung von höchstens drei DM pro Quadratmeter vorgesehen.

Soziale Abfederung

Gleichzeitig erfolgt eine soziale Abfederung durch Verbesserung des Sonderwohngeldes. Es werden Einkommensfrei-

beträge eingeführt, die Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen begünstigen. Außerdem wird das Wohngeldsondergesetz bis Ende 1996 verlängert.

Zum 1. Januar 1997 sollen weitere fünf Prozent Mieterhöhung zulässig sein. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Wohnung in einer Gemeinde mit mindestens 20.000 Einwohnern liegt, oder in einer Gemeinde, die an eine Großstadt grenzt.

Nicht höher als 15 Prozent

Für eine Übergangszeit bis Mitte 1997 wird eine Kappungsgrenze bei Neuvermietungen eingeführt. Der Mietzins für Neuvertragsmieten darf nicht mehr als 15 Prozent über den Bestandsmieten liegen.

Die Regelungen des Mietenüberleitungsgesetzes sind bis Ende 1997 befristet. Dann haben sich durch Neuvertragsmieten und die Erhöhungen der Bestandsmieten ortsübliche Vergleichsmieten gebildet, die den Marktwert der Wohnungen angemessen widerspiegeln. Ab diesem Zeitpunkt kann das westdeutsche Vergleichsmietensystem gelten.

Auf diese Neuregelungen hatten sich auch die Landespolitiker geeinigt, so daß die Zustimmung des Bundesrates als sicher gelten kann.

Wichtige Resolution der KPV zur Gemeindesteuerreform 1995

Bundesvorstand und Hauptausschuß der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) haben sich auf einer Sitzung in Bonn erneut mit der Gemeindefinanzreform befaßt. Die Beratungen wurden eingeleitet von einem Referat des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen, Kurt Faltlhauser.

Im Hinblick auf die Absicht, daß sich der Deutsche Bundestag im Juni 1995 erneut mit einer Grundgesetzänderung zur unmittelbaren Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer befassen wird, bitten Bundesvorstand und Hauptausschuß der KPV die Kommunalen Spitzenverbände, diese Grundgesetzänderung zu unterstützen. In diesem Zusammenhang verweist die KPV auf die neuen Angebote des Bundesfinanzministers im Interesse der Kommunen.

Die Resolution von Bundesvorstand und Hauptausschuß der KPV zur Gemeindesteuerreform hat folgenden Wortlaut:

1. Die KPV begrüßt, daß im Juni 1995 erneut über die unmittelbare Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer im Bundestag beraten und beschlossen werden soll.

2. Die KPV unterstützt den Vorschlag der Bundesregierung, für den Wegfall der Gewerbekapitalsteuer und die mittelstandsfreundliche Senkung der Gewerbeertragssteuer die Kommunen unmittelbar an der Umsatzsteuer zu beteiligen, und diese Beteiligung im Grundgesetz zu verankern. Diese Beteiligung der Kommunen ist eine qualitative und quantitative Verbesserung der kommunalen Finanzsituation.

3. Allein in den Jahren 1996 bis 1999 erhalten die Kommunen 2 Mrd. DM mehr an Einnahmen als sie bei der Gewerbesteuer verlieren.

4. Die Kommunen werden damit an einer weitgehend konjunkturunabhängigen, stetig fließenden und dynamischen Steuer beteiligt. Ihre finanzielle Ausstattung wird durch diesen wegweisenden Schritt künftig wesentlich gestärkt, und zwar durch einen Einkommensteueranteil und einen Mehrwertsteueranteil als stabile Grundsäulen, die ergänzt sind durch Gewerbeertragsteuer und Grundsteuer.

5. Die kommunale Hebesatzautonomie wird bei der Grundsteuer und bei der Gewerbeertragsteuer in hervorragender Weise weiter gewahrt. Das Interesse der Kommunen an Gewerbeförderung bleibt erhalten.

6. Die KPV begrüßt, daß von Finanzminister Waigel für die Einzelzuteilung der Umsatzsteuermittel bis zum Jahr 1999 eine Bestandsgarantie auf der Basis 1991/1992 ausgesprochen wurde.

7. Ausdrücklich unterstützt die KPV die neue weitere Absicht des Finanzministers, eine Bestandsgarantie für die einzelne Kommune über das Jahr 1999 vorzusehen, falls die Grundgesetzänderung in Artikel 106 eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag findet.

8. Die KPV tritt nachdrücklich für den neuen Vorschlag des Bundesfinanzministers ein, die Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer im Grundgesetz verbindlich festzulegen, statt nur zu ermöglichen, falls die Gewerbekapitalsteuer zum 1. 1. 1996 abgeschafft wird.

Internationale Jugendbegegnung in Dublin

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. fährt vom 14. bis 24. August 1995 nach Dublin, um dort gemeinsam mit der irischen Partnergruppe 10 Tage zu verbringen. Vorgesehen sind Besichtigungen verschiedener Sehenswürdigkeiten in der irischen Hauptstadt und Umgebung sowie ein Besuch in der Deutschen Botschaft, im Goethe-Institut und in einem Jugendzentrum. Mitfahren können alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 26

Jahren. Der Unkostenbeitrag beträgt für Frischluft-Mitglieder 850 DM, für die anderen 900 DM. Im Preis enthalten sind der Flug Düsseldorf–Dublin–Düsseldorf und die Unterkunft in der Jugendherberge. Nähere Informationen und Programme bei:

Frischluft e.V.
Annaberger Straße 283
53175 Bonn
Tel.: 02 28/31 00 23
Fax: 02 28/31 47 03.

KfW: Ostdeutsche Wirtschaft nicht mehr fußkrank

Die Industrie in den neuen Bundesländern hat nach Einschätzung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) inzwischen „deutlich festeren Boden unter den Füßen“.

Ein aktueller Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Firmen zeige, daß sich die Bilanz- und Ertragsverhältnisse „immer mehr angleichen“, sagte KfW-Vorstandssprecher Gert Vogt. Insbesondere bei den Umsatzrenditen gebe es keine signifikanten Unterschiede mehr zwischen Ost und West. Bei den von KfW-Liquiditätskrediten unterstützten Firmen handelt es sich

nach Vogts Worten nicht um „Fuß“-kranke“, die nur noch mit letzter Hilfe laufen könnten. „Die Betriebe expandieren, ihre Zukunftsaussichten sind grundsätzlich positiv einzuschätzen, aber sie können keine Liquiditätsreserven aufbauen.“

Er wies darauf hin, daß in den neuen Ländern ungefähr 9.200 von 12.000 Betrieben zinsgünstige Kredite seines Hauses in Anspruch genommen haben: „Rund die Hälfte unseres Kreditvolumens für gewerbliche Investitionen in Ostdeutschland seit 1990 ging an den industriellen Mittelstand.“

9. Für die verbleibende Gewerbeertragsteuer gilt weiter die Gewerbesteuergarantie des Bundeskanzlers: Die Gewerbesteuer bleibt den Kommunen solange als eigene Einnahmequelle erhalten, bis es einen gleichwertigen Ausgleich gibt, dem die Kommunen zustimmen können.

10. Die KPV bittet erneut Bundestag und

Bundesrat, die historische Chance für die Kommunen wahrzunehmen und das Grundgesetz für eine unmittelbare Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer zu ändern. Die Kommunalen Spitzenverbände werden aufgefordert, die neuen Angebote des Bundesfinanzministers für die Gemeinden anzunehmen und die Grundgesetzänderung zu unterstützen.

167.000 neue Sozialwohnungen

Im Jahr 1994 sind in Deutschland 166.855 neue Sozialwohnungen bewilligt worden. Dies teilte Bundesbauminister Klaus Töpfer in Bonn mit.

Während in den westlichen Bundesländern mit 111.000 Bewilligungen der Vorjahreswert praktisch konstant blieb, sind in den neuen Ländern mit knapp 56.000 Sozialwohnungen 43,4 Prozent mehr als im Vorjahr gefördert worden.

„Diese Zahlen machen deutlich, daß sich die enormen finanziellen Anstrengungen von Bund und Ländern ausgezahlt haben. Der Bedarf an preiswertem Wohnraum ist weiterhin hoch. Daher benötigen wir in Zukunft nicht nur weiterhin erhebliche Mittel von Bund, Ländern und Gemeinden. Insbesondere muß die Förderung noch effizienter werden. Daher ist der weiter gestiegene Anteil der vereinbarten Förderung außerordentlich erfreulich“, stellte Klaus Töpfer fest.

Der Bundesbauminister erinnerte in diesem Zusammenhang an die einkommensorientierte Förderung, die seit Oktober

1994 gesetzlich verankert ist und als eine Variante der vereinbarten Förderung besondere soziale Treffsicherheit verspricht. In diesem Förderweg wird die Sozialmiete von Anfang an in Abhängigkeit vom Einkommen der Bewohnerhaushalte ermittelt. Fehlbelegung ist damit praktisch unmöglich, da jeder Mieter in Abhängigkeit von seiner finanziellen Leistungsfähigkeit an den tatsächlichen Wohnkosten beteiligt wird. Eine nachträgliche Fehlbelegungsabgabe wird so überflüssig.

In den westlichen Bundesländern liegt der Anteil der vereinbarten Förderung bei 50 Prozent. In den neuen Bundesländern beträgt er sogar 77 Prozent. Rückläufig sind dagegen die Zahlen im ersten und im zweiten Förderweg. Im ersten Förderweg wird traditionell der Mietwohnungsbau mit sehr langen Bindungsfristen und starren Richtlinien gefördert. Der zweite Förderweg wird von den Ländern in der Regel für die Förderung von Eigenheimen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus eingesetzt.

SPD-Basis zerbröselt

In der Mai-Ausgabe des SPD-Organ „Vorwärts“ wird ein trübes Bild der Parteibasis gezeichnet: „Viele Mitglieder stehen chronisch abseits, werden nicht angesprochen oder haben sich zurückgezogen. . . . Viele Ortsvereine existieren nur noch auf dem Papier, das ‚Vereinsleben‘ erschöpft sich im jährlichen Sommerfest, einer Mitgliederversammlung und der Weihnachtsfeier,

politische Diskussionen finden nicht statt. Wer sich für Inhalte interessiert, muß oft denken, er sei in der falschen Veranstaltung. . . . Viele Kontakte zu Interessenverbänden und auch zu uns nahestehenden Organisationen sind abgerissen oder nie ernsthaft geknüpft worden. Entweder sind wir überhaupt nicht präsent, oder Beziehungen werden nicht genügend gepflegt.“

Zitat

Anbiederung an die Grünen läßt gestandene Sozialdemokraten im Ruhrgebiet erschauern

Horst Niggemeier (66) ist Mitbegründer des konservativen „Seeheimer Kreises“ in der SPD, war 25 Jahre lang Bürgermeister von Datteln und vertrat bis zum Oktober 1994 acht Jahre lang die SPD für den Ruhrgebiets-Wahlkreis Recklinghausen II im Bundestag. In der Zeitung „WELT am SONNTAG“ plädiert er für eine rot-schwarze Koalition in Nordrhein-Westfalen. Hier einige Auszüge aus dem Artikel:

„Den gestandenen Sozialdemokraten im Ruhrgebiet, die immer noch satte „über 50-Prozent-Stimmen-Anteile“ einfahren, muß es kalt den Rücken herunterlaufen, wenn der Grünen-Kapitän Joseph „Joschka“ Fischer ihrer Partei jetzt über alle Medien dieser Republik den Kurs für ihre zukünftige Politik vorzugeben versucht.“

Grüne Polit-Schickeria

Für eine Partei mit Selbstachtung und Selbstwertgefühl, zudem noch mit 3,8 Millionen Stimmen in Nordrhein-Westfalen als stärkste Kraft ausgewiesen, würde es sich sehr geziemen, dieser durchsichtigen politischen Anbiederung mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Folgt man jedoch den jüngsten Signalen aus den sozialdemokratischen Zirkeln in Bonn und Düsseldorf, dürfen Zweifel daran aufkommen, ob dort die Farb-Skala noch über rot-grün hinausreicht.

Das Industrieland Nordrhein-Westfalen würde mit einer rot-grünen Koalition zur alternativen Spielwiese für realitätsferne und kostenträchtige Experimente der grünen Polit-Schickeria verkommen.

Die grünen weltfremden Träume von der Lesestunde bei Kerzenlicht und dem Fahrrad als bevorzugtes Fortbewegungsmittel, verbunden mit einem hohen Maß an Freizeit infolge wachsender Beschäftigungslosigkeit, können keine sozialdemokratischen Politik-Ziele sein . . .

Rappe warnt die SPD

Der Grünen-Fraktion in Nordrhein-Westfalen, die mehrheitlich aus Lehrern und Hochschuldozenten besteht, kann nicht zum Vorwurf gemacht werden, daß ihr der Geruch von Arbeitsschweiß relativ fremd und möglicherweise gar suspekt ist. Es darf jedoch vermutet werden, daß sich ihre Politik nicht an den Erfordernissen eines High-Tech-Landes wie NRW orientieren wird.

Insofern ist sehr zu verstehen, daß die Gewerkschaftsvorsitzenden Hermann Rappe von der IG Chemie und Hans Bergner von der IG Bergbau und Energie, beide SPD-Bundestagsabgeordnete, vor einem rot-grünen Abenteuer in NRW nachdrücklich warnen. Wenn es in NRW zu rot-grün kommen sollte, kann man nur sagen: „Denn sie wissen nicht, was sie tun.“

Jochen Borchert:

EU belastet deutsche Landwirtschaft

Vertrauen und Verlässlichkeit sind die Voraussetzungen für die weiteren Schritte zur europäischen Währungsunion. Dies ist wichtig. Denn derzeit leiden unsere Bauern noch unter den Währungsturbulenzen in Europa. Es kann doch nicht vernünftig sein, daß Millionen von Bauern morgens die Devisenkurse studieren müssen, um abzuschätzen, ob sie für ihre Arbeit noch vernünftige Preise bekommen.

Faktum jedenfalls ist, daß die Schwäche einiger europäischer Währungen die deutsche Landwirtschaft besonders hart trifft und zu erheblichen Einbrüchen im Agrarexport geführt hat. Gleichzeitig steigen die Einfuhren nach Deutschland, weil die Schwachwährungsländer zu Billigpreisen anbieten können. Die Folgen sind Markt- und Preisdruck, Einnahmeverluste und damit Einkommensverluste für die Landwirtschaft.

Der Berufsstand schätzt die Einnahmeverluste aufgrund der Marktverschiebungen allein in den letzten vier Monaten auf rd. eine Mrd. DM. Unerträglich ist, daß die Landwirte in Deutschland mit Preissenkungen kämpfen müssen, während ihre Berufskollegen in Großbritannien, Spanien und Italien durch die Schwäche ihrer Währungen erhebliche Preis- und Einkommensvorteile verbuchen können.

Eine dauerhafte Lösung dieser Verzerrungen wird nur eine gemeinsame europäische Währung bringen. Deshalb fordert die deutsche Landwirtschaft alle Anstrengungen zur Verwirklichung der Währungsunion.

In der derzeitigen Situation, wo auf der Marktseite der Druck größer wird, sind die Ausgleichszahlungen der Agrarreform ein

wesentliches Element der Einkommensstabilisierung. Bei aller Kritik, die die Bauern bisher an der Agrarreform hatten: Die festen und kalkulierbaren Prämienzahlungen aus Brüssel, zusammen mit stabileren Erzeugerpreisen, bildeten die Brücke, die zu der wachsenden Akzeptanz der neuen europäischen Agrarpolitik geführt haben. In jeder Bauernversammlung kommen besorgte Fragen: Wie sicher, wie dauerhaft sind diese Prämien? Können wir diese Zahlungen bei unserer Zukunftsplanung einkalkulieren?

Diese Frage wurde auch an die Kommission gerichtet. EG-Agrarkommissar Fischler antwortete darauf noch am 16. April dieses Jahres im niedersächsischen Landvolk mit folgenden Worten: „Das heißt ganz eindeutig, daß sie (gemeint sind die Ausgleichszahlungen) stabil bleiben werden. Wir behalten die bisherige Politik bei und damit die Höhe der Ausgleichszahlungen.“

Und dann kommt dieser neue agrarmonetäre Vorschlag! Für die deutschen Bauern ist das - diplomatisch ausgedrückt - ein ungeheurerlicher Vorschlag. Die Kommission will eine Senkung der Ausgleichszahlungen der Agrarreform in Höhe des Aufwertungssatzes und einen befristeten Ausgleich für ein aufwertungsbedingtes Sinken der Interventionspreise. Dieser Kommissionsvorschlag ist für die Bundesregierung in keiner Weise akzeptabel, weil er ein Bruch mit den Beschlüssen des Agrarrates vom Mai 92 und Dezember '94 ist und weil er die Landwirte in Deutschland und den anderen Aufwertungsländern einseitig und unsolidarisch belastet.

Zwar schlägt die Kommission gleichzeitig einen Einkommensausgleich vor, aber der

gleicht die Aufwertungsverluste bei weitem nicht aus, und er soll nach drei Jahren – spätestens aber nach fünf Jahren – auslaufen. Das hat nichts mehr zu tun mit Aufwertungsfestigkeit. Auch für die Kommission muß gelten: Verträge sind einzuhalten! Man muß sich das einmal vorstellen: Erst im Dezember 1994 haben wir das neue agrarmonetäre System beschlossen. Heute, wo dies erstmals zur Anwendung kommen könnte, sagt die EG-Kommission lapidar: Den Paragraphen, der den Bauern in den Hartwährungsländern feste Prämien garantiert, den wenden wir nicht an.

So festigt man nicht Europa. So zerstört man die Ideale von Adenauer, Schuman und Monnet.

Nach Rückendeckung von Bundesrat und Bundestag sucht Landwirtschaftsminister Jochen Borchert jetzt Verbündete unter seinen EU-Kollegen, um Druck auf die Kommission zu machen.

Schwierige Gespräche erwartet Borchert mit seinem britischen Kollegen William Waldegrave. Die englischen Landwirte hätten am stärksten von den Währungsverschiebungen profitiert. Der Bauernverband bezifferte die Einnahmeverluste in den ersten vier Monaten des Jahres auf eine Milliarde Mark. Die Exporte nach Italien seien bei Milch um 20 Prozent und bei Käse um 40 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig seien die Einfuhren nach Deutschland gestiegen, weil die Schwachwährungsländer zu Billigpreisen anbieten könnten.

EMSU und EMV unter einem Dach

Anlässlich der außerordentlichen Generalversammlung am 28. April in Brüssel hat die EMSU (der europäische Dachverband der Mittelstands- und Wirtschaftsvereiner der CDU/CSU) offiziell beschlossen, mit der Europäischen Mittelstandsvereinigung, einer anerkannten Vereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP), zu fusionieren. Die Delegierten stimmten einstimmig für eine Fusion beider Verbände.

Die EMV steht einer Fusion beider Organisationen ebenfalls positiv gegenüber. Der Vorstand der EMV muß nur noch dieser Fusion zustimmen, damit diese in der nächsten EMSU-Generalversammlung am 20. Oktober 1995 in München verbindlich beschlossen werden kann.

In Brüssel wurde die neue Satzung der EMSU verabschiedet, die Grundlage für diese Entwicklung ist. Mit diesem Schritt hat die Europäische Mittelstands-Union

EMSU eine richtungweisende Entscheidung getroffen – nämlich die Rückkehr zur EVP. Dadurch ist eine Stärkung des Mittelstandes in Europa möglich. Vor allem die Förderung der Sozialen Marktwirtschaft in Europa wird erst möglich, wenn die Interessengruppen nicht zersplittert sind.

Die Europäische Mittelstands-Union (EMSU) wurde 1979 in Rom gegründet, um die politischen Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU's), der Freiberufler und der leitenden Angestellten zu vertreten. Ziel der EMSU ist die Wahrung der Interessen des Mittelstandes in Europa. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Ausdehnung des freien Unternehmertums sowie die Förderung der Sozialen Marktwirtschaft in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.

Auch die Europäische Mittelstandsvereinigung (EMV) hat die gleichen Ziele. Seit 1980 vertritt sie die christdemokratischen Mittelstandsorganisationen der EU-Mitgliedsländer auf europäischer Ebene innerhalb der EVP.

Tarifabschluß im öffentlichen Dienst beweist haushaltspolitisches Augenmaß

Zum Tarifabschluß im öffentlichen Dienst erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den Tarifabschluß von Stuttgart. Dieser Tarifabschluß zeigt haushaltspolitisches Augenmaß. Er paßt sich in die wirtschaftspolitische Gesamtsituation des Jahres 1995 ein.

Daß aktuelle Tarifabschlüsse aus dem Bereich der gewerblichen Wirtschaft kein Maßstab für den Abschluß im öffentlichen Dienst sein konnten, war von Anfang an klar. Die gewerbliche Wirtschaft befindet sich in einer Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung und des Aufschwungs.

Das hat jedoch noch nicht auf die öffentlichen Haushalte durchgeschlagen. Die Finanzsituation der öffentlichen Kassen ist nach wie vor schwierig. Deshalb mußte der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst deutlichen Abstand zu den Abschlüssen der gewerblichen Wirtschaft wahren. In diesem Zusammenhang muß auch die weitreichende Arbeitsplatzsicherheit berücksichtigt werden, die der öffentliche Dienst gewährt und die ihn von den gewerblichen Branchen wesentlich unterscheidet.

In der heutigen Zeit kann sich Tarifpolitik nicht auf die Frage der Einkommenssteigerung beschränken. Dies gilt nicht nur für die Tarifpolitik im gewerblichen Bereich, sondern auch - und zunehmend drängend - für die Tarifpolitik im öffentlichen Dienst. Vor diesem Hintergrund begrüßt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß der Tarifabschluß von Stuttgart auch strukturelle Maßnahmen zur Effizienzsteigerung des öffentlichen Dienstes enthält.

Stärker noch als bisher müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die vorhandenen Leistungspotentiale des öffentlichen Dienstes zu fördern und auszubauen. Leistung soll und muß sich auch und gerade im öffentlichen Dienst verstärkt lohnen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt deshalb ausdrücklich den jetzt in Stuttgart vereinbarten Einstieg in leistungsorientierte Vergütungsbestandteile.

Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen setzt nicht nur flexible Elemente der Bezahlung, sondern auch Flexibilität bei den Arbeitszeitregelungen voraus. Hier macht der Tarifabschluß von Stuttgart den Weg frei für konkrete Einzelverhandlungen. Auch dies begrüßen wir.

Die strukturellen Maßnahmen, die in Stuttgart einer grundsätzlichen Einigung zugeführt werden konnten und deren Einzelheiten nun ausgehandelt werden müssen, werden zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes beitragen. Der Tarifabschluß von Stuttgart fügt sich damit auch ein in das Gesamtkonzept einer Reform des öffentlichen Dienstes und des öffentlichen Dienstrechts.

Personalie

Im Pressereferat des Bundesbauministeriums ist ein Wechsel zu vermelden: **Cosima Ningelgen** ist seit Anfang Mai neue stellvertretende Pressesprecherin. Die gelernte Journalistin und bisherige Sprecherin der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung löst damit **Birgit Kusch** ab, die diesen Posten fast zwei Jahre lang ausgefüllt hat.

Gemeinsamer Gesetzentwurf zur Transplantation vorgelegt

Unter Leitung von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer und dem Stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundtagsfraktion, Rudolf Dreßler, haben sich Regierungskoalition, SPD-Bundtagsfraktion und Länder am 23. April darauf verständigt, einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Transplantation vorzulegen.

Nach Übereinstimmung aller Beteiligten ist das Transplantationsrecht kein Gegenstand parteipolitischer Profilierung. Es geht darum, schwerkranken Menschen zu helfen und Vertrauen in die Transplantationsmedizin zu schaffen.

Die Gesprächspartner haben sich auf folgendes parlamentarisches Verfahren geeinigt:

- 1.** Die für das Gesetz grundlegenden Fragen
 - Bewertung des Hirntodes und
 - Einbeziehung der Angehörigen in die Entscheidung über eine Organentnahme nach dem Tode (enge oder erweiterte Zustimmungslösung) sollen im Juni 1995 im Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages Gegenstand einer breiten Anhörung von Sachverständigen sein.
- 2.** Nach der Anhörung soll ein gemeinsamer Gesetzentwurf im Deutschen Bundes-

tag eingebracht werden. Bei unterschiedlichen Grundsatzpositionen zur Frage des Hirntodes und der Zulässigkeit einer Organentnahme nach dem Tode muß die persönliche Entscheidung jedes Mitgliedes des Deutschen Bundestages möglich bleiben.

Im übrigen besteht grundsätzliches Einvernehmen über die Eckpunkte des Gesetzentwurfs.

- 3.** SPD und Koalition werden der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Zusammenarbeit bei Anhörung und Gesetzentwurf vorschlagen.

Kommentar

Horst Seehofer, Fachmann für heiße Eisen in der Bundesregierung hat sich erneut ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt: eine breite Mehrheit zu finden für ein neues Transplantationsgesetz. Da ihm solches bereits bei der Gesundheitsreform gelang, ist an einem politischen Erfolg Seehofers hier nicht zweifeln ... Das echte Problem ist allerdings auch nicht der Bundestag, vielmehr wird Seehofer die Bevölkerung überzeugen müssen, daß sein neues Transplantationsgesetz wirklich durchdacht ist, rechtlich und moralisch einwandfrei. Hier wird seine Kunst aufs äußerste gefordert werden.

Hessischer Rundfunk

Balance gewahrt: Endlich haben sich Bundesregierung und SPD auf die Eckwerte für ein längst fälliges Organtransplantationsgesetz geeinigt, das auf der einen Seite den Toten nicht zum beliebig verfügbaren Ersatzteillager und auf der anderen die Hoffnungen der vielen tausend Menschen pro Jahr auf ein lebensverlängerndes fremdes Organ nicht zunichte macht. Der gefundene Kompromiß wahrt die nicht immer leichte Balance zwischen dem Recht auf Leben und dem Recht auf die Würde nach dem Tod.

Kölnische Rundschau

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bürgerinnen und Bürger verlangen von „ihren“ Mandatsträgerinnen und -trägern, daß sie über Sachkompetenz verfügen und daß sie kommunalpolitische Entscheidungen problemnah und bürgerfreundlich treffen können.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung bietet daher regelmäßig

Seminare für Kommunale Mandatsträgerinnen und -träger in den Bildungszentren Eichholz (bei Bonn) und Wendgräben (bei Magdeburg) an.

Termine und Themen des Bildungszentrums Wendgräben in der zweiten Jahreshälfte:

● 25.–26. 8. 1995: Zur Situation der Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt, Tagungsort: Zerbst

● 29.–30. 9. 1995: Grundlagen

der Kommunalverfassung – Aktuelle Änderungen und Neuerungen in Sachsen-Anhalt, Tagungsort: Barleben

● 8. 11. 1995: Planen und Bauen in der Gemeinde, Tagungsort: Loburg

● 10.–11. 11. 1995: Raumordnung Flächennutzung – Planverfahren: Ordnungspolitische Weichenstellungen in der Kommune, Tagungsort: Bayernaumburg

● 8.–9. 12. 1995: Finanzierung und Refinanzierung der Kommunen, Tagungsort: Barleben

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Wendgräben
Burgstr. 12
39279 Loburg
Fax: 03 92 45/27 85

Asylbewerberzahlen im April

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im April 1995 8.500 Personen (Vormonat: 10.991 Personen) Asyl beantragt.

Dies ist der geringste Zugang von Asylbewerbern seit Juni 1989 (8.148). Gegenüber dem Vormonat (März 1995: 10.991) ist die Zahl der Asylbewerber um 2.491 Personen (= 22,7 Prozent) und gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (April 1994: 8.789 Personen) um 289 Personen (= 3,3 Prozent) zurückgegangen.

Bundesinnenminister **Manfred Kanther** erklärt hierzu, daß die Maßnahmen gegen den Asylmißbrauch zunehmend griffen.

Die Zahlen seien aber noch immer viel zu hoch, und ein großer Teil der abgelehnten Asylbewerber würde das Land nicht oder nicht schnell genug verlassen.

Daher müsse besondere Sorgfalt auf die Abschiebung unberechtigter Asylbewerber gelegt und gegen die illegale Zuwanderung weiterhin konsequent vorgegangen werden.

Eberhard Diepgen wieder Spitzenkandidat der Berliner CDU

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen kann selbstbewußt in den Wahlkampf ziehen: am 20. Mai wählten ihn die Delegierten des Landesparteitages mit deutlichen 91 Prozent Mehrheit zum Spitzenkandidaten für das Rennen um die Mehrheit im Berliner Abgeordnetenhaus am 22. Oktober.

Die Berliner CDU zeigte Geschlossenheit und Aufbruchstimmung: Die CDU will stärkste Partei werden und wieder den Regierungschef stellen. Mit Eberhard Diepgen stehe ein Mann an der Spitze der Stadt, der mit Herz und Sachverstand für die Zukunft Berlins arbeite. Er sei der Garant für eigene Politik, die kein Ost und West mehr kennt, sondern die Menschen zusammenführt.

Gegen Linksbündnis

Für Berlin stehe viel auf dem Spiel. Die Stadt habe schon einmal rot-grüne Schikanen ertragen müssen. Und nun drohe noch zusätzlich die Gefahr einer Unterstützung durch die Kommunisten. Eberhard Diepgen: „Nur die CDU steht gegen ein Linksbündnis!“

Schwarz-grün sei für Berlin kein gangbarer Weg, betonte Diepgen vor 334 Delegierten. Die Diskussion um eine neue politische Farbenlehre sei undifferenziert und töricht: Die Grünen an der Spree seien im Kern die Alternative Liste der Mauerzeit: „Nichts anderes als Ersatzkommunisten!“

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen für die Berliner CDU die Sorgen und Probleme der Bürger: Der Erhalt der Arbeitsplätze, wirtschaftlicher Aufschwung, be-

zahlbarer Wohnraum, Sicherheit und die Vollendung der inneren Einheit sind die wichtigen Themen.

Eberhard Diepgen betonte die Wichtigkeit der Zukunft Berlins als Produktionsstandort: Die Industrie müsse neben Dienstleistung und Handel ein wichtiges Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt bleiben. Diepgen forderte die mit Berlin verbundenen Unternehmen auf, ihre Verantwortung für die Zukunft der Hauptstadt anzunehmen und nicht für kurzfristige Gewinne den Rücken zu kehren.

Fusion mit Brandenburg

Auch zu einem anderen Thema hat der Parteitag klar Stellung bezogen. Mit nur wenigen Gegenstimmen wurde das Ergebnis der Mitgliederbefragung bestätigt. Die Berliner CDU will die Fusion von Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Bundesland.

Mut und Entschlossenheit

„Wir freuen uns auf die Zukunft“ war in blau-gelben Lettern überall zu lesen. Die Wahlkampflinie von Wahlkampfleiter Peter Radunski und seinem jungen Wahlkampfteam zeigt den Weg: Kein Kandidaten-Kopfsalat, sondern eine frische, muntere Kampagne, die Farbe zeigt und Mut macht. Mut und Entschlossenheit hat die Berliner CDU, das hat dieser Parteitag gezeigt: Am 22. Oktober entscheiden die Berlinerinnen und Berliner über die Zukunft ihrer Stadt.

26. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Der 26. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 14. bis 18. Juni 1995 in Hamburg statt. Die Losung lautet: „Es ist Dir gesagt, Mensch, was gut ist“. Der Kirchentag rechnet mit 120.000 Teilnehmern.

Zahlreiche Politiker aus CDU und CSU nehmen auch diesmal wieder an den Podiumsveranstaltungen teil, u. a. Kurt Biedenkopf, Dirk Fischer, Heiner Geißler, Norbert Lammert, Angela Merkel, Claudia Nolte, Bernd Schmidbauer, Rita Süßmuth, Klaus Töpfer.

Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ sind der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU und die Junge Union Deutschlands in Halle 3 mit einem gemeinsamen Diskussionsstand unter dem Motto „Demokratie als Verantwortung“ vertreten.

Rückfragen und Informationen erhalten Sie bis zum 9. Juni 1995 bei der Geschäftsstelle des Kirchentages unter Telefon (0 40) 7 90 05-0.



Künstler entwerfen Wahlplakate für CDU in Schleswig-Holstein

Die CDU in Schleswig-Holstein hat sich für ihren Wahlkampf zur Landtagswahl im März 1996 eine neue Methode zur Gestaltung ihrer Wahlplakate einfallen lassen:

Sie sollen in einem Wettbewerb unter schleswig-holsteinischen Malern, Grafikern und Kunststudenten entstehen. Das gaben der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Ottfried Hennig, und der kulturpolitische Sprecher der Fraktion, Peter Bendixen, in Kiel bekannt.

In der Ausschreibung heißt es, die Plakate sollten „künstlerisch Bezüge zum Land Schleswig-Holstein aufweisen“ und „zur

demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger“ aufrufen. Es sei ein Plakat zu gestalten, „welches sich in Erscheinungsbild und in der Wirkung von den allseits bekannten bisherigen Wahlplakaten abhebt“.

Eine Vorgabe für eine traditionelle „Blickfangzeile“ enthält die Ausschreibung dennoch: Als Text sei in die Gestaltung „CDU“ oder „CDU Schleswig-Holstein“ aufzunehmen.

Die eingesandten Entwürfe sollen im September von einer Jury bewertet werden, der Künstler und CDU-Abgeordnete angehören.

CD-ROM

„Fünfzig Jahre CDU“

Das Schlagwort „Multimedia“ ist in aller Munde, und längst sind die Zeiten vorbei, als damit ein mit Musik unterlegter Lichtbildervortrag gemeint war. Heute bezieht sich „Multimedia“ auf Computeranwendungen, die digitalisierte Film-, Ton- und Textsequenzen miteinander verbinden und verarbeiten.

Der kleinen flachen Silberscheibe sieht man ihr Fassungsvermögen nicht an. Tatsächlich ist es möglich, 650 Megabytes auf einer einzigen CD-ROM zu speichern. Das entspricht weit über 300.000 Din-A4-Testseiten! Bei der CD-ROM „Fünfzig Jahre CDU“ handelt es sich um eine einzigartige Sammlung von historischen und aktuellen Filmen und Dokumenten zur deutschen Geschichte seit 1945. Über 30.000 Fotos wurden dafür ausgewertet und weit über 1.000 Filmsequenzen gesichtet.

Im ersten Teil der CD-ROM wird ein Automodus angeboten, der in etwa 20 Minuten einen Überblick über die Geschichte und Politik der CDU bietet. Insbesondere am Rande von Veranstaltungen stellt diese selbstablaufende Darstellung unserer Parteigeschichte einen informativen und attraktiven Blickfang dar.

Der zweite Teil der CD-ROM umfaßt eine historische Dokumentation, die wiederum in die Bereiche „Geschichte der CDU“, „Politik der CDU“ und „Geschichte der Gesellschaft und Kultur“ unterteilt ist. Auf über 300 Bildschirmseiten entsteht das lebendige Bild unserer CDU und der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung von 1945 bis 1995.

Der dritte Teil der CD-ROM ist ein „CDU-Lexikon“. Es enthält umfangreiche Informationen zu Gründung, Aufbau, Organisation und über maßgebliche Persön-

lichkeiten sowie zur Mitgliederentwicklung der CDU. Es ist möglich, alle Wahlergebnisse auf Landes-, Bundes- und Europaebene seit 1946 abzurufen. Des weiteren umfaßt das „CDU-Lexikon“ eine Sammlung von Programmen und Leitsätzen der CDU.

Mit der CD-ROM wird jedem, der sich mit der CDU beschäftigt, eine hilfreiche und bisher einmalige Dokumentation an die Hand gegeben. Die moderne Computertechnologie macht es möglich, die gesuchten Informationen innerhalb von Sekunden zu ermitteln.

Bestell-Nr.: 9058

Verpackungseinheit: 1 Exemplar

Preis: 20 DM

Bestellungen an das:

**IS-Versandzentrum, Postfach 11 64,
33759 Versmold, Fax (0 54 23) 4 15 21**

Quote erfüllt

Der Bund hat 1994 erstmals seit 1989 die Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte wieder erfüllt. Das geht aus einem Bericht von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm zur Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes hervor. Nach dem Bericht lag die Beschäftigungsquote im gesamten öffentlichen Dienst des Bundes Ende 1994 insgesamt bei 6,4 Prozent. Die Quote der Bundesministerien einschließlich ihres nachgeordneten Bereichs hat sich von Ende 1993 um 0,2 auf 6,9 Prozent erhöht. Nach dem Schwerbehindertengesetz sind öffentliche und private Arbeitgeber mit mindestens 16 Arbeitsplätzen verpflichtet, wenigstens sechs Prozent der Plätze mit Schwerbehinderten zu besetzen.

Videofilm

50 Jahre CDU – Verantwortung für Deutschland und Europa

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist eng mit der Geschichte und den Leistungen der CDU verbunden. Führende Persönlichkeiten der Union wie Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Helmut Kohl haben die Entwicklung Deutschlands maßgeblich gestaltet. Der ca. 30minütige Film „50 Jahre CDU – Verantwortung für Deutschland und Europa“ schlägt einen zeitgeschichtlichen Bogen von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland über das Heute bis weit in die Zukunft.

In dem Film werden – zum Teil noch unveröffentlichte – Dokumente, Originalbilder und Originaltöne aus der Geschichte der CDU mit den geschichtlichen Abschnitten in Verbindung gebracht. Dabei wird auch das jeweilige Lebensgefühl der Menschen in Ost- und Westdeutschland während der zurückliegenden 50 Jahre gezeigt. Immer wieder kommen Zeitzeugen zu Wort, zum Beispiel Hans Katzer und Ludwig von Hammerstein für die Parteigründungen im Westen und Osten Deutschlands. Thomas Ruf erinnert sich an die Rentenreform 1957, Wolfgang Krueger an den Mauerbau 1961. Zur Situation in der früheren DDR nimmt Inge Gildenpenning aus Schwerin Stellung. Die deutsche Einheit und die friedliche Revolution werden von Christine Lieberknecht, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Thüringen, und der Berliner Bundestagsabgeordneten Wilma Glücklich erläutert und kommentiert.

Der Film beinhaltet eine emotionalisierende Chronologie der vergangenen 50 Jahre

in Deutschland und der CDU. Er ist ein Muß für jede Veranstaltung im Rahmen der 50-Jahr-Feiern der CDU. Er ist darüber hinaus ein zeitgeschichtliches Dokument, das auch jedes private Film-Archiv bereichert.

Zum Selbstkostenpreis von 12,- DM (zzgl. Mehrwertsteuer und 5,- DM Verpackung) ist der Film beim IS-Versandzentrum, Postfach 11 64, 33759 Versmold, Fax (0 54 23) 4 15 21, unter der Bestell-Nr. 9061, ab Mitte Juni 1995 erhältlich.

Rekord beim Sammeln

4,7 Mio. Tonnen Müll mit dem Lizenzzeichen „Grüner Punkt“ wanderten im vergangenen Jahr in die gelben Säcke und Tonnen. Damit sind die Deutschen weiterhin „Weltmeister“ im Sammeln von Verpackungsmüll. Wie die Geschäftsführung des Dualen Systems Deutschlands (DSD) mitteilte, kletterte die Erfassungsquote von 57 Prozent im Jahr 1994 auf 67,7 Prozent. Jeder Bürger sammelte im Durchschnitt 60,6 Kilogramm. Insgesamt habe das Duale System die Vorgaben der Verpackungsverordnung mehr als erfüllt. Gut 4,6 Mio. Tonnen des gesammelten Mülls konnten stofflich verwertet werden. Recycelt wurden 2,5 Mio. Tonnen Glas, 1,2 Mio. Tonnen Papier und Pappe, 354.000 Tonnen Weißblech, 78.000 Tonnen Getränkeverbundverpackungen, 461.000 Tonnen Kunststoffe und 29.000 Tonnen Aluminium.

Für Ihre Sommeraktionen

● CDU-Wasserball

Auf die Plätze, fertig, los und mit „voller Puste“ in den Sommer '95. Der neue Wasserball der CDU in leuchtendem CDU-Rot ist ab Anfang Juni in unserem Versandzentrum erhältlich.

Aktionstip

Organisieren Sie ein fröhliches Bade- und Musikfest für jung und alt in einem nahegelegenen Schwimmbad oder an einem Badesee, verbunden mit Attraktionen wie Talk-Show, Wasserballturnier und verschiedenen Schwimm-/Geschicklichkeitswettbewerben. Hierbei darf natürlich der CDU-Wasserball als Preis für alle Teilnehmer nicht fehlen.

Bestell-Nr.: 9778

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 37,50 DM

● Riesenballon-Set

Mit diesen speziellen Dekorations-Luftballons ziehen Sie automatisch die Aufmerksamkeit der Passanten auf den CDU-Stand. Bereits von weitem kann so jeder erkennen, „... hier ist was los“ z. B. ein Luftballon-Wettflug. Jedes Set enthält drei Ballons (1x Schwarz, 1x Rot, 1x Gelb)

Bestell-Nr.: 9253

Verpackungseinheit: 1 Set

Preis je Set: 22,- DM

● CDU-Pavillon

Damit haben Sie sofort innerhalb weniger Minuten die richtige Aktionsfläche für die Attraktionen Ihrer Sommerveranstaltungen. Der Pavillon besteht aus

weißem Stahlrohrgestell, daß in wenigen Minuten durch einfache Steckverbindungen aufgebaut werden kann. Die weißen Zeltplane aus Polyäthylen ist UV-beständig, abwaschbar und serienmäßig mit dem Schriftzug CDU auf drei Seiten des Pavillons bedruckt. Zusätzlich enthält jeder Pavillon ein weißes Seitenteil, das Sie wahlweise an einer der vier Seiten einbauen können.

Sofern Sie die Standfestigkeit des Pavillons erhöhen möchten, können Sie die Standbeine in herkömmliche Füllständer stellen, die jedoch nicht zum Lieferumfang gehören.

Bestelldaten:

CDU-Pavillon inkl. 1 Seitenteil

Bestell-Nr.: 0924

Preis je Pavillon: 239,00 DM

● Füllständer für Pavillon

Bestell-Nr.: 0459

Preis je Ständer: 12,80 DM

● Sommer mit der CDU

Dieses Plakat im Format DIN A1 können Sie zur Ankündigung und Dekoration Ihrer Sommerveranstaltungen verwenden.

Bestell-Nr.: 8269

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preise je 50 Plakate: 38,- DM

● Broschüre: Familienurlaub

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik hatte im letzten Jahr viele Familien dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen zum Thema „Urlaub mit Kindern“ aufzuschreiben. Aus den zahlreichen Einsendungen dieser Aktion ist die Broschüre „Familienurlaub“ entstanden, die u. a. auch Tips und Hinweise für einen kostengünstigen Urlaub enthält.

Bestell-Nr.: 4925

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis je 25 Expl.: 18,- DM



▲ CDU-Wasserball



▲ Riesenluftballons

Alle Preise inkl. Versand zzgl. MwSt.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax: (0 54 23) 4 15 21



▲ Plakat Sommer mit der CDU

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Erfahrung ist gefragt



Wer sich engagiert, verändert

**Senioren
Union** 
CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

17/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** ~~VVA~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.